

Weiterbildung an der Universität –  
wo Forschung und Wissenschaft die berufliche Praxis prägen.



weiterbildung

## NZZ Online

Mittwoch, 19. Mai 2010, 16:04:58 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Wirtschaft > Aktuell

8. Mai 2010, Neue Zürcher Zeitung

### Die oppositionellen Wallungen der SVP

**Im machtpolitischen Poker um das UBS-Amtshilfeabkommen profiliert sich die SP. Möglich macht dies die SVP, die mit ihrem kategorischen Nein das Spielfeld für die Linke ebnet. Verantwortungsbewusstsein ist in der Volkspartei nur noch eine Worthülse. Von René Zeller**

Sozialdemokratische Kreativitätsschübe prägen die politische Agenda. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die Genossen mit neuen Plänen aufwarten, wie man die zu grossen Schweizer Grossbanken, masslose Topkader und den Finanzplatz in corpore an die Kandare nehmen könnte. Das Powerplay von links ist wuchtig und nicht wirkungslos. Der Bundesrat beeilt sich, zu den exzessiven Salären und zum Too-big-to-fail-Problem wenn nicht Gesetzesvorlagen, so wenigstens verbindliche Absichtserklärungen herbeizuzaubern. Für die Regierung ist das vordringlich, weil die eidgenössischen Räte das mit den USA ausgehandelte UBS-Amtshilfeabkommen nachträglich gutheissen sollen. Die Linke wird das nicht davon abhalten, bis zur Sommersession ihren regulatorischen Forderungskatalog weiter aufzublähen. Das ist zwar ärgerlich, aber legitim.

#### Bananenrepublik Schweiz?

Im Scheinwerferlicht steht also die SP. Zu wenig ausgeleuchtet wird, dass ihr Husarenritt nur möglich ist, weil ihr die SVP aufs hohe Ross geholfen hat. Diese Regierungspartei stellt sich auf den Standpunkt, dass das UBS-Abkommen rechtswidrig sei. Wenn jetzt der Bundesrat den im August 2009 mit den USA abgeschlossenen Deal rückwirkend legalisieren wolle, sei dies «eines Rechtsstaats unwürdig». Der Bundesrat gebärde sich wie die Regierung einer Bananenrepublik, lautet der wenig schmeichelhafte Vorwurf. Die SVP könne dem skandalösen UBS-Vertrag niemals zustimmen.

Dieses beinharte Nein ist innerhalb der SVP bisher kaum hinterfragt worden. Auch die politische Konkurrenz geht davon aus, dass die stärkste Bundeshausfraktion im Parlament Ernst machen wird. Das heisst: Wenn im Nationalrat neben der SVP auch SP und Grüne gegen das Abkommen opponieren, ist der vom Bundesrat eingefädelt UBS-Deal geplatzt.

Einmal mehr droht in Bundesbern eine unheilige Links-Rechts-Allianz. Dieses Schnittmuster ist in der laufenden Legislatur leider fast schon zur Regel geworden. Im vorliegenden Streitfall touchieren sich die Extreme in grotesken Sphären: Die Partei des Banken-, Gnomen- und Bonzenhassers Jean Ziegler kollaboriert mit der Partei des Unternehmers Christoph Blocher. Die SP will das Bankgeheimnis seit Jahrzehnten schleifen; jetzt nutzt sie die Rückendeckung der SVP, die das Bankgeheimnis durch alle Böden hindurch verteidigt. Die SP will sich ein allfälliges Ja zum UBS-Abkommen mit rigiden Barrieren gegen Bankenboni vergüten lassen; für die SVP kommt eine Verknüpfung des Vertrags mit anderen Themen (Bankenboni usw.) nicht in Frage. All diesen Unvereinbarkeiten zum Trotz sind die beiden Regierungsparteien offenkundig willens, den Bundesrat in den Regen zu stellen, das UBS-Abkommen scheitern zu lassen und damit sehenden Auges weitreichende Konsequenzen in Kauf zu nehmen.

#### Die Vernunft spricht für den Bundesrat

Im schweizerischen Konkordanzmodell sind die Regierungsparteien frei, mitunter auch zu opponieren. Wer aber mitregiert, sollte schon ein Mindestmass an Verantwortungsbewusstsein in die Waagschale werfen.

Handelt die SVP verantwortungsbewusst, wenn sie das UBS-Abkommen als rechtswidrig geisselt, wenn sie die damit einhergehende Aufweichung des schweizerischen Bankgeheimnisses beklagt, wenn sie die rückwirkende Genehmigung durch das Parlament als skandalösen Winkelzug bezeichnet? Handelt nicht vielmehr der Bundesrat umsichtig, wenn er versucht, den

schwelenden Konflikt mit den amerikanischen Steuerbehörden beizulegen? Ist es unklug, die von Altlasten entrümpelte UBS und vor allem die schweizerische Volkswirtschaft vor drohenden Kollateralschäden zu schützen?

Die Rechtslage ist tatsächlich verworren – seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen die bundesrätlichen Dispositionen erst recht. Die politischen Parteien – inklusive SP und SVP – müssen jetzt aber nicht legalistisch entscheiden. Es gilt, eine politische Güterabwägung vorzunehmen.

Die Vernunft spricht für den Bundesrat. Es geht in der Abstimmung pro oder contra UBS-Abkommen nicht um Sein oder Nichtsein des Bankgeheimnisses. Ein Ja zum Vertragswerk führt die Schweizer Behörden nicht in Bananenplantagen. Ein Nein hingegen könnte die direkt betroffene Grossbank erneut in existenzielle Nöte bringen. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Deshalb ist die Kröte zu schlucken. Wenn sich hingegen die SVP-Forderung durchsetzt, wonach das UBS-Amtshilfeverfahren mit den amerikanischen Behörden neu zu verhandeln sei, verbessert sich das zwischenstaatliche Klima mit Sicherheit nicht. Man muss nicht den Teufel an die Wand malen. Aber die unzähligen Schweizer Firmen, die auf dem amerikanischen Markt agieren, sind an Turbulenzen keinesfalls interessiert. Es liegt deshalb nahe, dass die Wirtschaftsverbände alle verfügbaren Hebel in Bewegung setzen, um das Parlament von einem fatalen Eigentor abzuhalten.

Allein, die SVP gibt sich unnachgiebig. Die Partei, die nicht müde wird, sich als wirtschaftsfreundliche und konsequent liberale Kraft zu präsentieren, leistet damit exakt jenen Parteien Vorschub, die das Gegenteil anpeilen. Gerade jetzt müsste das bürgerliche Lager bestrebt sein, die regulatorischen Maximalforderungen von links abzuwehren. Die SVP jedoch ist unfähig geworden, Kompromisse zu schmieden. Es geht ihr darum, von rechts Maximalforderungen aufzustellen – und daran festzuhalten. Beim UBS-Abkommen mag mitschwingen, dass die von der SVP verbannte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf Regie geführt hat; ein ausreichendes Motiv für ein Nein ist Revanchismus nicht. Unsäglich ist auch, dass sich der SVP-interne Unternehmerflügel nicht regt. Beim ehemaligen UBS-Verwaltungsrat Peter Spuhler (mitgegangen, mitgefangen) liegt dies nahe. Von anderen wirtschaftsnahen Fraktionskollegen wäre aber zu erwarten, dass sie sich von der Parteispitze nicht mundtot machen lassen.

#### **Falsches Rollenverständnis**

Die SVP macht gewiss nicht alles falsch. Die Partei hat Erfolg, weil sie den Finger auf wunde Punkte hält, weil sie schwierige Themen schnörkellos anspricht und so häufig den Nerv der Bevölkerung trifft. Falsch ist aber das wirtschaftsfeindliche Nein zum UBS-Abkommen. Und falsch ist das Rollenverständnis, das die SVP nicht erst seit Blochers Abwahl verinnerlicht hat. Von der wählerstärksten Partei erwartet man mehr als oppositionelle Wallungen. Die Regierungsbeteiligung erfordert auch hierzulande ein Mindestmass an Kompromissbereitschaft – und an realpolitischem Augenmass.

Diese bürgerlichen Tugenden sind in der SVP rar geworden. Auf dem nationalen Parkett jedenfalls agiert die SVP nur noch pro forma als Regierungspartei. Das steht im Widerspruch zu jenen Parteimitgliedern, die in kantonalen und lokalen Exekutiven verantwortungsbewusst mitwirken. Diese SVP-Mandatsträger werden kaum glücklich sein, dass die Parteispitze mit ihrem kategorischen Nein zum UBS-Abkommen die etatistische Offensive der Linken befeuert.

---

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

[http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/schwierigkeiten\\_der\\_ubs\\_in\\_den\\_usa/kommentare/die\\_oppositionellen\\_wallungen\\_der\\_svp\\_1.5665390.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/schwierigkeiten_der_ubs_in_den_usa/kommentare/die_oppositionellen_wallungen_der_svp_1.5665390.html)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

---